



Das Organ der Sozialdemokraten, die Bremer Würgerzeitung, ist mit den Arbeiterblättern von dieser Würgerzeitung getrennt worden. Die Zeitung wird jetzt von Henke redigiert.

Zum Stadtkommandanten wurde der Wehrmann (Sd) ernannt. Danks hat in einer Versammlung bekanntgegeben, daß Genannter bereits wegen Stillsitzens verurteilt worden, bestraft sei. Es ist nun abgesehen worden infolge eines Konziliums zwischen dem Soldaten- und Arbeiterrat, in dessen Verlauf es zu Strafbekämpfungen gekommen ist mit dem Ergebnis von fünf Toten und zwölf Verwundeten. Es mögen aber auch mehr sein. Genaueres ist nicht festzustellen.

Die hitzige Rede, welche die Bremer Würgerzeitung, die bürgerlichen Zeitungen weisen diese weiche Gesten auf, werden sie geizigen, unter Anbringung brutaler Gewalt Propaganda-Artikel für den Volksgewissens aufzunehmen. Die Regierung (Sd) -Schiedmann -Kasse wird von den augenblicklichen Nachhabern in Wort und Schrift schamlos angegriffen.

Der letzte Montag hat wieder einen Putsch gesehen. Wegen wem, von wem ist nicht leicht festzustellen. Es herrscht in der bremischen Republik die volle Anarchie.

### Die Heimkehrerförderung der deutschen Kriegseingetragenen.

Ein Vertreter der B. P. A. hat sich an zuständiger Stelle erkundigt nach dem weiteren Verlaufe der durch den Briefwechsel zwischen Reichstag und Staatssekretär Kruppinger angeregten Verhandlungen über die Rückkehrförderung der deutschen Kriegseingetragenen und hat darüber folgendes in Erfahrung gebracht:

Am Anknüpfen an den Briefwechsel regte der deutsche Vorgesetzte der Kommission für Kriegseingetragene in Spanien, Major Koc, an, daß umgehend Vorarbeiten für die Heimkehrförderung der deutschen Kriegseingetragenen getroffen würden. Der Vertreter der Obersten Heeresleitung der Alliierten lehnte das Gesuch ab und erklärte, daß Reichstag sich nur die Weitergabe und Befürwortung der deutschen Bitte um möglichst rasche Rückkehrförderung der deutschen Kriegseingetragenen zugesagt habe. Die Entscheidung liegt bei den alliierten Regierungen. Die Antwort der Regierung liege noch aus, und niemand wisse, wie sie ausfallen werde. Es sei durchaus möglich, daß die Entente mit der Absichtung einzelner Kategorien der deutschen Kriegseingetragenen einverstanden sei, es sei auch möglich, daß die alliierten Regierungen das deutsche Gesuch ablehnen könnten.

Vor beidseitiger Seite wurde daraufhin vorgeschlagen, wenigstens Väter über die in Frankreich befindlichen Kriegseingetragenen auszuweisen und der deutschen Heimkehrkommission zu überreichen. Auch dies wurde von französischer Seite abgelehnt mit dem Hinweis darauf, daß bis 1. März etwa 200 000 deutsche in Nordfrankreich interniert sein würden, um dort abzuwarten aufzubauen, was die Deutschen „demotieren“ hätten. Mit dem Transport sei bereits begonnen worden, so daß eine rasche Beseitigung der deutschen Kriegseingetragenen eingeht habe. Dadurch werde die Auffüllung von Lagerstätten erschwert, und die Angaben dieser Lagerstätten würden binnen kurzer Zeit nicht mehr zutreffend sein.

### Lebensmittel für Deutschland.

London. Reuter meldet, daß in zwei bis drei Wochen deutsche Handelschiffe unter der Kontrolle der Alliierten wieder auf See fahren werden, hauptsächlich um den früheren Feinden der Alliierten Lebensmittel zuzuführen. Es sei jedoch im Interesse der Menschlichkeit als auch der öffentlichen Meinung, daß bestimmten bestimmten und den seefahrenden Völkern gewisse Hilfe gebracht würde. Die vom Obersten Kriegsrat ernannte alliierte Lebensmittel- und Schiffahrtskommission habe sich vor kurzem nach Trier begeben, wo sie mit der deutschen Abordnung, bei der sich auch Regierungsbeamte und Vertreter der Schiffahrt befanden, zusammenkommen sei. Wegen des nicht geordneten Zustandes in Deutschland seien die Delegierten der Alliierten im Zweifel gewesen, ob irgend eine stabile Autorität vorhanden sei, um ein Lieferverhältnis verbindlich abzumachen, aber die deutschen Delegierten hätten bestanden, daß sie in der Lage sind, bindende Verpflichtungen einzugehen. Es sei beschlüssigt, daß Deutschland eine weitestgehende Menge Lebensmittel, insbesondere Weizen, Getreide und konzentrierte Milch kaufen und importieren darf. Die Konferenz in Trier sei als die erste Gelegenheit, bei der britische und deutsche Streitkräfte seit Kriegsbeginn in Verhandlungen traten, bemerkenswert gewesen.

In Lebensmittel soll Deutschland wozu erhalten etwa 200 000 Tonnen Getreide und 70 000 Tonnen Schweinefleisch. Doch kann ein Teil der vorerwähnten Lebensmittel durch tendenziöse Hilfe ersetzt werden. Heber weitere Zusicherungen von Lebensmitteln entscheidet der Oberste Kriegsrat der Alliierten.

### Das endgültige Wahlergebnis.

Berlin, 22. Januar. (WTB.) Das Endebrüskt aus den Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung nach nicht amtlichen Mitteilungen sieht sich folgendermaßen zusammen: In den 37 Wahlkreisen mit 421 Abgeordneten haben sich erhalten:

- Christliche Volkspartei . . . . . 84.
- Deutsche Volkspartei . . . . . 88.
- Deutsche Demokratische Partei . . . . . 22.
- Sozialdemokratische Partei . . . . . 164.
- Unabhängige sozialdemokratische Partei . . . . . 24.

Ferner sind 11 Fraktionslose gewählt, die sich zusammenschließen aus 4 Weibern, 1 Vertreter der Bauern- und Landarbeiterdemokraten, 4 bayerischen Bauernbündlern und 2 Vertretern des württembergischen Bauern- und Bürgerbundes.

Wenn nach diesem Resultate auch keine sozialdemokratische Mehrheit zustande gekommen ist, so wird es doch in der Zukunft unmöglich sein, gegen die Sozialdemokratie und gegen das Volk zu regieren.

### Kurze Nachrichten.

Ein Sozialdemokrat Präsident der württembergischen Landesversammlung.

Die verfassunggebende Landesversammlung trat gestern mittig zur ersten Sitzung zusammen. Keil (Sozialdemokrat) wurde zum Präsidenten gewählt.

Die Lage in Osnabrück.

Von der Ostfront ist folgendes mitzuteilen: Die Auflockerung dreier russischer Kompanien, den Ostwegen (42 Kilometer südlich von Wolgomyj) zu Osnabrück, wurde

von der dort stehenden Belagungscompagnie der 4. Kavalleriebrigade abgewieft.

### Lebensmittel für Polen.

Berlin, 22. Januar. In der Reichstagskammer am 21. Januar in Sach teilte der Vorsitzende der französischen Kommission mit, daß die Entente täglich 3000 Tonnen Lebensmitteln für die Polen nach Danzig senden wolle, und die Wünsche der deutschen Regierung Garantie für die Sicherheit der Transporte von Danzig bis zur polnischen Grenze. Der deutsche Vorsitzende hält die Transporte ohne Einwirkung der Alliierten auf die Polen für undurchführbar.

Das württembergische Staatsministerium hat sich nach eingehenden Beratungen gegen die Zurückführung Preußens ausgesprochen, da die Zurückführung zum Teil des Reiches führen würde.

Offen, 22. Januar. Bei der heutigen Morgenbesprechung der Belegschaften sämtlicher Zechen wieder an.

Paris, 22. Januar. Dem „Welt Anzeiger“ wird aus Nancy gemeldet, daß zwischen Reichsarmee und Loul ein Protestant und ein Soldat zusammenstießen. Nach dem ersten Bericht gab es 20 Tote und 50 Verwundete.

Wett Nitzsch, 22. Januar. Die Presse begrüßt die ukrainische Kriegserklärung an die Bolschewisten. Die Ukraine wird sich auf die Defensivlinie beschränken. Oberkommandierender ist Petljura. Täglich treffen allgütige Truppenzüge zur Verstärkung ein. Von einer Mobilisation wird nicht abgesehen. Poltawa, Schitomir und Ichniow befinden sich wieder in der Hand der Regierungstruppen.

Ich und meine Brüder . . . Am Wahltag erregte in Kassel überall ein gemütlich feierlicher Geist große Begeisterung, der ein Plakat laut: Ich und meine Brüder wählen den deutschen Nationalrat.

### Parteilosen und Genossen.

### Die sich am Wahltag zur Preußischen Landesversammlung zur Wahlarbeit

zur Verfügung stellen wollen, melden sich bei ihren Bezirksführern oder im Wahlbüro, Parz 42—44, Gewerkschaftshaus Zimmer 12.

### Auf zur Wahlarbeit! Die Wahlarbeit.

### Die Frage des bundesstaatlichen Neuaufbaues Deutschlands.

Die Frage des bundesstaatlichen Neuaufbaues Deutschlands kann nicht ohne weiteres gelöst werden. Das läßt sich in unzureichendem Maße zeigen, wenn man die verschiedenen Charaktere des Reiches und den Gegenstand der Revolution, die verlangen, daß die Neuordnung in der Masse durchgeführt. Zur Debatte stehen vor allem zwei Probleme, das organisatorische, wie die Staatsgewalt zu organisieren ist, um die Regierung marschfähig zu erhalten und die Initiative und Strafmaß zu geben, und das Problem der Zurückführung Preußens und die daraus folgenden neuen bundesstaatlichen Organisationen.

Die deutsche Öffentlichkeit muß sich weit mehr als bisher mit diesen Problemen beschäftigen und sich selbst der Klärung zuführen, um die unerlässlichen Vorbedingungen für die richtige Behandlung zu schaffen. Eine Reihe wertvoller Arbeiten liegen bereits vor. So eine Druckchrift von Professor Morze, die nur den Nachteil hat, daß sie mehr geographisch orientiert ist als die historischen, wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen etwas außer acht läßt. In allen bisherigen Diskussionen traten vor allem die folgenden Gedanken zutage:

In Süddeutschland wünscht man im großen und ganzen das unveränderte Fortbestehen der bisherigen Bundesstaaten. Dagegen würde bei einer Zurückführung Preußens das Großherzogtum Hessen, die ehemalige Verbindung mit der Provinz Hessen-Nassau wieder suchen. Ebenso würden in Sachsen alle Erinnerungen lebendig werden und der Wunsch nach Vereinigung mit der Provinz Sachsen neuerleben. Ein besonders schwieriges Problem bietet Thüringen. Nicht wegen der Zahl seiner Einwohner, sondern wegen der Komplexität der widersprechenden Interessen. Der ganze Thüringische Thüringen für die Nationalversammlung umfaßt 2,3 Millionen Menschen; aber davon meist Coburg nach Bayern, Weimar und Meiningen getragen sich nicht abzu, und die übrigen Teile insbesondere die beiden Neuh, Altenburg und der Kreis Neudorf, erklären ihren Vorzettel im Anschluß an Sachsen. Auch bei Braunschweig und Anhalt läßt sich nicht fest, ob es einer niederländischen oder hannoverschen Republik anschließen würde. Die Parteiführer legen natürlich Wert darauf, die eigene seit Jahrhunderten berühmte Frage weiterzuführen. Aber ihre bisherige Bevölkerungsgröße von nicht ganz anderthalb Millionen Menschen ist zu klein für einen selbständigen Staat. Berlin und im Fall von Anhalt des Deutschen Reiches hat das Reich auch Wien möchte man zu reichen unmittelbaren Städten machen, um vornehmlich jede Rücksicht auszuschließen. Ein schwieriges Problem bleibt auch das alte Preußen. Ursprünglich dachte man daran, im Norden einen Bundesstaat Ostpreußen und im Süden einen Bundesstaat Schlesien zu schaffen. Demgegenüber wird aber darauf hingewiesen, daß sich die Schaffung eines gelamten Ostpreußen empfehlen dürfte, weil Schlesien weit vordereit ins familiäre Gebiet hineinreicht und von Polen und Tschechen in die Länge genommen werden könnte, so daß keine unnütze verwaltungsmäßige und wirtschaftliche Verbindung mit anderen deutschen Anbestellen wünschenswert bleibt.

Dabei ist die Frage noch nicht entschieden, ob Preußen überhaupt zerlegt werden soll. Dafür sprechen sehr gewichtige Gründe. Vor allem, daß die Reichsgewalt gar nicht die Fähigkeit, gar nicht die Möglichkeit hätte, bei Konflikten mit Preußen ihren Willen geltend zu machen, wenn dieses allein der Siebenteil der gesamten deutschen Bevölkerung umfaßt. Preußens historische Mission, den Ausgleich zwischen kleinen landwirtschaftlichen und industriellen Gebieten zu schaffen, könnte auch das Reich übernehmen. Auf der anderen Seite darf aber von vornherein nicht übersehen werden, daß die Zurückführung Preußens nur nach Schaffung eines starken Reiches für die Reichsgewalt möglich ist, die um so nötiger erscheint, als innerhalb der preußischen Verwaltung sehr starke Strömungen die Zurückführung Preußens zu verhindern suchen.

Preußens historische Mission, den Ausgleich zwischen kleinen landwirtschaftlichen und industriellen Gebieten zu schaffen, könnte auch das Reich übernehmen. Auf der anderen Seite darf aber von vornherein nicht übersehen werden, daß die Zurückführung Preußens nur nach Schaffung eines starken Reiches für die Reichsgewalt möglich ist, die um so nötiger erscheint, als innerhalb der preußischen Verwaltung sehr starke Strömungen die Zurückführung Preußens zu verhindern suchen.

### Spardaus und Unabhängige in Leipzig.

In Leipzig liegen sich jetzt die Unabhängigen mit den Spardaus in den Haaren, nachdem sie lange miteinander feilscht haben. Auch die Leipziger Volkszeitung, die immer ein warmes Herz für Spardaus hat, ist erobert worden. Das Leipziger Organ unserer Partei, die Freie Presse, schreibt dieser Tage:

In einem Artikel wiederholt sich die U. A. ziemlich energisch gegen die spardausische Unzufriedenheit, die eben in Berlin und Potsdam ihren Zusammenbruch erlebt habe. Wenn man auch in Leipzig diese Methoden in Anwendung gebracht werden sollten, so läge darin die größte Gefahr für die Revolution. Wir fordern die Leipziger organisierten Parteigenossen und Arbeiter- und Soldatenräte auf, sich nicht von dem Vordringen der U. S. P. abdrängen zu lassen.

Es heißt dann weiter:

Arbeiter- und Soldatenräte, Parteigenossen! Mit diesen Worten hat die Leipziger revolutionäre Arbeiterzeitung auf eine Laßt freigelegt werden, die in der gegenwärtigen Situation nicht durchführbar ist. Würde diese Laßt sich in Leipzig durchzuführen, so müßte sie notwendig zu dem gleichen Zusammenbruch führen, wie in anderen Städten auch.

In Leipzig zeigt sich der Kampf der Spardausgenossen mit der U. A. in der Leipziger Volkszeitung gegen die unabhängige Sozialdemokratie. Den Spardaus haben heute die revolutionäre Arbeiterzeitung, deshalb wenden wir uns gegen diese Laßt.

Das ist in der Tat! Da sich also die Spardaus gegen die Unabhängigen wenden, so hätte die Revolution den Spardaus. Würden die spardausischen Arbeiter gegen die sozialdemokratische Partei vorgehen, so hätten die unabhängigen Spardaus nichts dagegen einzuwenden. Eine solche „politische Moral“ ist nicht auch mit der Tatsache überein, daß der Vorsitzende des U. A. und S. Rates, S. Eger, feierlich behauptet über die letzten Maßnahmen gegen die Freie Presse äußerte, während er sich den U. A. gegenüber zu einer solchen Äußerung des Behauptens aufgedrungen hat. So ist die U. A. die Arbeit der Spardaus in der Arbeiterzeitung vor der sozialdemokratischen Spardaus, daß sie für die Unabhängigen eine große Sitzung anberaumen werden, zu der der große Rat, die Arbeiterzeitung und die Parteiführer der unabhängigen Partei einbezogen waren. In dieser Sitzung sollte über die Laßt entschieden werden, die Spardaus gegenüber einzuschlagen ist. In dem Artikel heißt es darüber:

Arbeiter- und Soldatenräte, Parteigenossen! Wir rufen euch auf zur Entscheidung, welche Laßt das Leipziger Arbeiter- und Soldatenräte in der Revolution einschlagen soll. Die Entscheidung darüber haben die Arbeiter- und Soldatenräte und die in der Reichsregierung gewählten Arbeiterzeitung, sowie die organisierten Parteigenossen. Entschieden sich diese berufenen Vertreter der Revolution für die Spardaus, dann muß diese Laßt auch in Leipzig durchzuführen werden. Entschieden sie sich aber für die Laßt der U. S. P., dann müssen alle Schritte, die Spardaus zu antworten, entschieden bestrafung sein.

Was eine Generalkonferenz gegen Spardaus! Es freut im Laufe Lauther Straße 19/21. Die unabhängige Feuerwehre steht im Wart. Ob sie den Brand, den sie selbst geführt hat, nicht wird löschen können?

Dazu berichtet das B. T., daß bei dieser Sitzung des U. A. und S. Rates sich verschiedne Redner entschieden gegen die Spardaus wendeten. Dem großen Rat wurde einstimmig das Vertrauen ausgesprochen und gefordert, daß er seine Geschäfte mit den Spardaus umzubringen Mittel weiterführe. Die Spardaus Parteiführer sollte Laßt wurde abgewiesen und beschloßen, den politischen Generalkonferenz zu beenden.

### Salke und Saalkreis.

### Wähler und Wählerinnen! Noch einmal auf die Schanzen!

Die Nationalratswahlen haben der Sozialdemokratie einen großen Erfolg gebracht. Nicht groß genug für unsere Wünsche, denn wir haben die sozialdemokratische Mehrheit nicht erreicht. Am kommenden Sonntag wählt Preußen. Ohne die hildesheimischen Staaten sind es möglich, die sozialdemokratische Mehrheit wenigstens in der preußischen Nationalversammlung zu erzielen, wenn noch einmal alle Kräfte aufgerufen angeschlossen werden. Vorwärts heißt die Parole für die Männer und Frauen der deutschen Arbeiterklasse.

Der Regen der Revolution zeigt sich in Preußen noch deutlicher als im Reich. Preußen war die Trugburg der Reaktion, der unüberwindliche Wall gegen das Vordringen der Arbeiterklasse. Preußen war der Todfeind der Freiheit und des Fortschritts in Deutschland und darüber hinaus. Jetzt soll Preußen die Vorwacht des demokratischen und sozialistischen Gedankens in der ganzen Welt werden.

In Preußen bestand die am Tage der Revolution das Dreifachverhältnis, das ebenfalls der Wahlzeit. Jetzt sind alle Männer und Frauen wachheitlich und gleichberechtigt. Die Ausschneidung gegen die Bundesräte, alle alten politischen Zwangsregeln sind gefallen. Auf zur Wahlurne! Aus ihr soll das neue Preußen entstehen.

Die Hände des arbeitenden Volkes strauen niedrige Verleumdungen gegen die Sozialdemokratie aus. Wir wollen keine Ähren verdienen, wir wollen keine Religionsgemeinschaften keine Freiheit der Betätigung lassen, nur sollen Kirchenlose und Störkräfte sich äußerlich von-inander getrennt bleiben. Wir wollen keine Herrschaft der Scham, keine Verdrängung des höheren Schutzes. Nur wollen wir die Unabhängigkeit und die Befreiung zur höchsten Würde nach der Befreiung. Nicht nach dem Gebot des Vaters regieren. Wir wollen nicht den Beamten ihre nachherigen Rechte zurückgeben, wir wollen die Beamten ihre nachherigen Rechte zurückgeben und wollen sie ihnen nicht. Die letzten Beamten in der ganzen Staatser-



